

Gastkommentar

Wenn Steuern nur noch zu Reserven werden

Haben Sie sich einmal gefragt, wofür Ihre Wohn-gemeinde die Steuern einsetzt, die sie von Ihnen einnimmt? Normalerweise sind wir als Konsu-menten doch recht kritisch. Nicht selten wird der Kassazettel beim Einkauf im Supermarkt noch einmal auf Richtigkeit geprüft und im Restaurant fällt vor dem Zahlen noch ein Kontrollblick auf die Rechnung. Mit den Steuern verhält sich das inte-ressanterweise bei den meisten ganz anders. Liegt es an der tiefen Steuerbelastung? Oder an der Quellensteuer, die schon bei der Lohnauszahlung abgezogen wird und man deshalb mit der Steuer-rechnung sogar Geld zurückbekommt oder nur noch einen kleinen Teil der Steuern bezahlen muss?

Dennoch: Wer zahlt schon gerne Steuern? Und trotzdem setzen wir uns nur selten damit ausei-ander, welchen Gegenwert uns die Gemeinde für unsere Steuern bietet. In einem Land mit so hoher Lebensqualität und einem vergleichsweise tiefen Steuerniveau überrascht dies auch nicht wirklich.

Wer sich trotzdem damit auseinandersetzt, er-kennt, dass die Gemeinden mit unseren Steuern eine Fülle wichtiger öffentlicher Ausgaben finan-zieren. Zur Frage der «richtigen» Steuerhöhe erntet man für die Aussage «Der Staat soll nur so viel Geld einnehmen, wie er zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigt» in der Regel zustim-mendes Kopfnicken. Auch der Feststellung, dass ein gewisses Reservepolster der öffentlichen Hand Sinn macht, wird kaum widersprochen. Es erhöht den zukünftigen Handlungsspielraum, schafft einen Puffer für konjunkturelle Schwan-kungen und bietet Gewähr dafür, dass wichtige Infrastrukturen gut erhalten und nach Ablauf der Lebenszeit auch wieder ersetzt werden können.

Ein Blick auf Entwicklung der Reserven in den Gemeindebilanzen zeigt allerdings, dass dieser finanzpolitische Grundsatz bei mehreren Gemein-den nicht mehr eingehalten wird. Nur haben diese

«Verschiedene Gemeinden sind also gezwungen, mehr Steuern einzuhoben, als sie vernünftig verwenden können.»

Thomas Lorenz
Geschäftsführer Stiftung Zukunft.li

selbst gar nicht die Möglichkeit, überdimensio-nierte Reserven auf ein vernünftiges Mass abzu-bauen, weil der Gesetzgeber einen Mindestsatz für den Gemeindesteuerzuschlag definiert, den sie nicht unterschreiten dürfen. Verschiedene Gemeinden sind also gezwungen, mehr Steuern einzuhoben, als sie – auch nach der Bildung einer vertretbaren Reservenhöhe – vernünftig verwen-den können.

Was tun? Eine erste Möglichkeit besteht darin, dass Finanzen von Gemeinden mit überdurch-schnittlicher Steuerkraft an diejenigen mit unter-durchschnittlicher Steuerkraft umverteilt werden – also in einem horizontalen Finanzausgleich. Damit werden die hohen Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden richtigerweise redu-ziert. Dieser Schritt allein wird aber voraussicht-lich nicht dazu führen, dass sehr hohe Reserven massgeblich reduziert werden. Deshalb ist es aus

Sicht von Zukunft.li wichtig, eine Diskussion über die Untergrenze des Gemeindesteuerzuschlags zu führen. Es geht aber nicht darum, diese abzu-schaffen, sondern sie auf ein tieferes Niveau zu senken. Es geht auch nicht darum, den Steuer-wettbewerb unter den Gemeinden zu intensivie-ren, denn es lässt sich ohnehin nicht nachweisen, dass die Höhe des Gemeindesteuerzuschlags ein entscheidendes Kriterium dafür ist, wo jemand Wohnsitz nimmt. Andere Aspekte wie beispiels-weise verfügbarer Wohnraum, Grundstücksbesitz, Nähe zum Arbeitsplatz oder schlichtweg die Verwurzelung in der Heimatgemeinde dürften dafür deutlich entscheidender sein.

Das Argument, dass durch einen tieferen Zu-schlag vor allem vermögende und gut verdienen-de Steuerzahler entlastet werden, trifft zu, aller-dings haben sie den Reservenaufbau auch vorwie-gend finanziert. Zudem hätte ein tieferer Gemeindesteuerzuschlag weder einen Rückgang der Staatsleistungen zur Folge noch würde er zu einer Umverteilung zum Nachteil anderer Bevöl-kerungskreise führen. Denn bei sehr hohen Reser-ven wechselt der Steuerfranken einfach vom Bankkonto des Steuerzahlers auf das Bankkonto der Gemeinde und erhöht dort das Eigenkapital.

Wenn man also erstens den ältesten Liechtenstei-ner für einmal im Schrank lässt, zweitens die Situation objektiv und nüchtern betrachtet und drittens den oben formulierten Grundsätzen zustimmt, dann kann man sich einer Diskussion über die Untergrenze des Gemeindesteuerzu-schlags kaum mehr verweigern.



Thomas Lorenz
Geschäftsführer der
Stiftung Zukunft.li

Aus heiterem Himmel – Rudolf Hug fotografiert



«Be prepared, there can be four seasons in a day», sagt mein Guide Peter, als er mir das Na-turschutzgebiet Hermaness erklärt. Am nörd-lichsten Zipfel von Shetland ist ein Brutgebiet farbenfroher Papageitaucher, die an den steilen Klippen nisten. Der Weg dorthin ist nur zu Fuss zu machen. Ein Trampelpfad führt zuerst über Wiesen und später durch ein Sumpfgebiet zu den schroffen Klippen. Im Sumpfgebiet ist der Weg durch einen hölzernen Steg gesichert und da-durch etwas einfacher zu begehen. Aber mühsam ist es alleweil. Nicht nur dauert der Marsch etwa

eine Stunde, auch der Höhenunterschied beträgt gegen 200 Meter, und das mit einer Fotoaus-rüstung, die um die 15 Kilo wiegt, plus Stativ. Wenn die Vorwarnung eintrifft und ein Wetterum-schwung kommt, macht man den Weg durchaus auch mehrmals am Tag. Gefährlich ist der Auf-stieg eigentlich nicht – ausser man wird von einer Raubmöwe angegriffen. Obwohl ich mich auf der offiziellen Route bewege, greift mich plötzlich ein Skua mit einer Spannweite von über einem Meter an. Blitzschnell nehme ich das Stativ und verlän-gere meinen Körper damit. Wissend, dass die

gefährlichen Vogel immer den höchsten Punkt angreifen, kann ich mich so vor den scharfen Krallen schützen. Beim zweiten Anflug balancie-re ich mit einer Hand das Stativ und mit der anderen die Kamera – so ein Bild macht man ja nicht jeden Tag!

Die Fotokolumne in einem Buch
Je 26 Geschichten sind in den Büchern
«Tiergeschichten aus aller Welt, Band 1 und 2» zu-sammengefasst. Erhältlich in Buchhandlungen oder direkt beim Autor. www.rudolf-hug.ch

Kurz gefasst Volkswirtschaftliche Auswirkungen des Ukraine-Konflikts

Vor Kurzem verhängten die USA ein Ölembargo gegen Russland. Dieses ist auf längere Sicht weltwirtschaftlich kaum von Bedeutung, und auch die russische Volkswirtschaft wird davon nur gering tangiert. Eine Beteiligung der EU am Ölembargo würde dies allerdings ändern und Russland un-gleich höheren Schaden zufügen, gleichzeitig wären allerdings auch einige andere Staaten in Europa stark betroffen.

Aktuelle Simulationsrechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft schätzen basierend auf Handelsströ-men die Auswirkungen eines Ölembar-gos auf das BIP Russlands und jenes von 29 weiteren Staaten. Der Simula-tion zufolge würde eine EU-Beteili-gung am Ölembargo das russische BIP anhaltend um –1,2 Prozent senken (–0,2 Prozent ohne EU-Beteiligung). Aber auch die anderen Staaten wären negativ betroffen, vor allem östlich gelegene EU-Staaten (BIP-Senkung Estland –1,1 Prozent, Litauen –0,8 Prozent, Griechenland –0,7 Prozent). Demgegenüber wären Deutschland (–0,2 Prozent), Österreich (–0,1 Pro-zent) oder die USA (–0,0 Prozent) nur wenig tangiert.

Unabhängig von einem allfälligen Ölembargo hinterlässt der Ukraine-Konflikt schon jetzt Spuren in Europas Volkswirtschaften. Das SECO geht zwar immer noch von einem hohen schweizerischen BIP-Wachstum im Jahr 2022 aus, senkte die Prognose aber kürzlich von +3,0 auf +2,8 Pro-zent. Zusätzlich weist das SECO ein Negativszenario aus, unter der Prämis-se, dass es im Zuge unterbrochener Rohstofflieferungen aus Russland zu erheblichen Produktionsausfällen in Europa käme, was hohen Preisdruck und rückläufige Wirtschaftsentwick-lung zur Folge hätte. Im Negativszena-rio beträgt die für 2022 prognostizierte BIP-Wachstumsrate der Schweiz lediglich +1,1 Prozent.

Liechtenstein ist bezüglich der unmittel-baren volkswirtschaftlichen Auswirkun-gen der russischen Invasion in der Ukraine weniger exponiert als andere Staaten. Die durch den Krieg verstärkt steigenden Rohstoffpreise stellen für Konsumenten und Produzenten zwar eine Belastung dar. Stärker ins Gewicht fallen für Liechtenstein jedoch die «Zweitrundeneffekte»: Über den hohen Exportanteil und die Fokussierung auf Investitionsgüterproduktion reagiert die heimische Wirtschaft sehr sensitiv, wenn die Auslandsnachfrage durch konjunkturellen Abschwung in den wichtigsten Absatzländern zurückgeht.

Darüber hinaus wird auch die langfris-tige Abkehr von der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas Kosten verursa-chen, weil sie eine generelle Reduktion von fossilen Energieträgern impliziert. Allerdings kann man dies auch als Vorwegnahme von Investitionen ansehen, welche auf dem international und auch von Liechtensteins Politik schon länger anvisierten Weg zu einer nachhaltigeren und ökologischeren Ausrichtung ohnehin anfallen würden.



Andreas Brunhart
Ökonom am Liechtenstein-Institut